

Antrag der Geschäftsprüfungskommission*
vom 3. November 1997

KR-Nr. 21a
7

Ergänzungsbericht der
Geschäftsprüfungskommission
zum Mordfall Zollikerberg

Ausgangssituation:

Am 20. Januar 1997 hat die GPK über ihre Abklärungen im Mordfall Hauert berichtet (KR-Nr. 21/1997). In ihrem Tätigkeitsbericht (KR-Nr. 338/1997) hat die GPK darauf hingewiesen, dass der Bericht des von der Justizdirektion beauftragten ausserordentlichen Staatsanwaltes Dr. A. Keller noch ausstehe. Dieser "Administrativbericht" wurde am 8. September 1997 abgeliefert und von der Justizdirektion in einer Pressemitteilung vom 22. September 1997 zusammengefasst veröffentlicht. Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes und weil den Betroffenen keine Gelegenheit zur Stellungnahme eingeräumt worden war, verzichtete die Justizdirektion auf eine Veröffentlichung des Berichtes im Wortlaut, stellte ihn aber den GPK - Mitgliedern, Frau Kantonsrätin Troesch-Schnyder und dem für das Strafverfahren zuständigen Bezirksrichter zu. Die GPK hat beschlossen, den Kantonsrat durch den vorliegenden Ergänzungsbericht über den "Administrativbericht" Keller, die Stellungnahme der Justizdirektion und ihre eigene Beurteilung zu informieren.

"Administrativbericht" Dr. A. Keller:

Der Bericht von Staatsanwalt Dr. Keller erfüllt den Auftrag von Justizdirektor Notter, ".....Bericht zu erstatten über sämtliche organisatorische, strukturelle und sonstige Missstände, Fehler oder Unklarheiten innerhalb der Verwaltung, auch ausserhalb der strafrechtlichen Verantwortlichkeiten."

Im Sinne von Vorbemerkungen hält Dr. Keller fest:

dass es sich bei den aufgezeigten Mängeln um allgemeine Mängel handelt, die nicht nur im Fall Hauert zu beanstanden sind,

dass es sich bei der Einschätzung der festgestellten Fakten um persönliche Wertungen handelt, und der Bericht keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt,

dass die Beurteilung schwergewichtig den Zeitraum zwischen 1985 und Ende Oktober 1993 betrifft und dass ihm der heutige Stand der Dinge teilweise nicht näher bekannt ist.

Die wichtigsten Kritikpunkte des Berichtes von Dr. Keller sind:

bei den Verantwortlichen für den Strafvollzug unter der Führung der starken Persönlichkeit von Dir. Meier bestand eine Art "unité de doctrine", was das Risiko von Fehlentscheidungen erhöhte. Um so wichtiger wäre eine effektive Gegenkontrolle gewesen, wie sie die Verordnung mit der Zustimmungsverfügung eigentlich vorsah. Diese Gegenkontrolle wurde bei der Justizdirektion nicht wirklich ausgeübt.

es wurden generell keine eigentlichen Prognosegutachten im Sinne von Gefährlichkeitsprognosen durch eine von Vollzug und Therapie unabhängigen Fachperson erstellt.

die schriftliche Dokumentation und Begründung von Vollzugsänderungen war mangelhaft. Die Vernichtung von Aufschrieben des Sozialdienstes beim Umzug in die neue Strafanstalt 1995 ist unverständlich.

die Kasuistik früherer Fälle von gravierender Fehlbeurteilung der Gefährlichkeit von Häftlingen hätte schon früher zu einer restriktiveren Praxis bezüglich Urlaub und bedingter Entlassung führen müssen.

im Psychiatrisch-Psychologischen Dienst bestanden Führungsmängel und ein gestörtes Arbeitsklima. Die Aktenführung war unvollständig. Anders als bei Massnahmepatienten wurden bei Personen im Strafvollzug nicht regelmässig Krankengeschichten geführt. Die Zuteilung der Therapeuten war nicht klar geregelt.

auch bei der Justizdirektion war die Aktenführung mangelhaft. Es wurde auf die mündliche Beurteilung von Dir. Meier abgestellt, was bei dessen Wissensvorsprung zu einem massiven Übergewicht gegenüber dem Sachbearbeiter Justizdirektion führte. Auf eigenständige Abklärungen wurde verzichtet. Eine schriftliche Begründung der Verfügungen fehlte.

die Vollzugsplanung in der Strafanstalt war auf die Minimaldauer ausgerichtet. Problematisch sei, dass die Untersuchungshaft dabei angerechnet werde. Die Möglichkeit zur kontrollierten Strukturierung von Urlauben wurde zu wenig benützt.

Stellungnahme der Justizdirektion:

Zu den Beanstandungen von Staatsanwalt Keller hat die Justizdirektion gegenüber der GPK u.a. wie folgt Stellung genommen:

zu Ziff. 1,2,3, und 4:

Externe Gutachten zum Ausschluss der Gemeingefährlichkeit gehören heute zum Standard.

zu Ziff. 5:

Die dringend notwendige Reorganisation des PPD ist weitgehend abgeschlossen. Die kritisierten Punkte wurden berücksichtigt und korrigiert.

zu Ziff. 6:

Die von Staatsanwalt Dr. Keller beanstandeten Mängel sind heute behoben.

zu Ziff. 7:

Nachdem die Untersuchungshaft bundesrechtlich zwingend auf den Strafvollzug anzurechnen ist, wäre es unlogisch und systemwidrig, wenn dies bei der Urlaubsgewährung als Element eines sinnvollen Strafvollzugs nicht gemacht würde. Das heisst aber natürlich nicht, dass schlecht qualifizierte oder gar flucht- oder gemeingefährliche Straftäter Urlaub erhalten würden.

Weiter führt die Justizdirektion in ihrer Stellungnahme aus:

"Im Fachausschuss für Vollzugsfragen sitzen ausgewiesene Fachleute: Richterinnen und Richter, Untersuchungsbehörden und Fachleute aus der Psychiatrie. Die Unabhängigkeit des Entscheidungsträgers bei der Justizdirektion ist gewährleistet, die Aktenlage ist stets vollständig und nötigenfalls werden auch Zusatzabklärungen oder externe Gutachten eingeholt".

"Seit dem Zollikerberg-Mord ist die Vollzugsplanung bei gemeingefährlichen Tätern nicht mehr auf den frühestmöglichen Entlassungstermin ausgerichtet. Sofern eine Verwahrung angeordnet oder eine lebenslängliche Zuchthausstrafe verhängt worden ist, wird bei fortbestehender Gemeingefährlichkeit überhaupt kein Endtermin ins Auge gefasst".

Beurteilung durch die GPK:

Für die GPK bedeuten die von Staatsanwalt Keller beanstandeten Mängel auf Grund ihrer eigenen Abklärungen und der Anklageschrift keine Überraschung. Die GPK teilt die Beurteilung von Dr. Keller. Sie wird die Auswirkung und Weiterentwicklung der getroffenen Massnahmen verfolgen.

Anlass zur Ermittlung weiterer Sachverhalte oder zur Beschaffung weiterer Beurteilungsgrundlagen besteht nach Ansicht der GPK nicht.

Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 10. Oktober 1997 einstimmig beschlossen, den Antrag auf Einsetzen einer PUK im Mordfall Hauert nicht zu unterstützen.

Zürich, den 3. November 1997

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission
Der Präsident: Die Sekretärin:
Dr. Werner Hegetschweiler Barbara Büttiker

-
SEITE
-

*Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus: Dr. Werner Hegetschweiler, Langnau a.A. (Präsident); Martin Bornhauser, Uster; Franziska Frey-Wettstein, Zürich; Ernst Frischknecht, Dürnten; Julia Gerber Rüegg, Wädenswil; Silvia Kamm, Bonstetten; Gustav Kessler, Dürnten; Susi Moser-Cathrein, Urdorf; Annelies Schneider-Schatz, Bäretswil; Ernst Stocker, Wädenswil; Richard Stucki, Andelfingen; Sekretärin: Barbara Büttiker

Genehmigung des GB 96, Antrag GPK an KR

Vorlage Korrespondenz

Es ist noch die Nummer des Berichtes der GPK einzutragen (rotes Fragezei

DocumentSummaryInformation

DocumentSummaryInformation

Genehmigung des GB 96, Antrag GPK an KR

bsatz-Standardschriftart

Standardeinzug

1 Standard

Titel R16

2 Standard

Kopfzeile

3 Standard

Fußzeile

Seitenzahl

Liste 2

Liste 3

Liste 4

Liste 5

Listenfortsetzung 2

Listenfortsetzung 3

Listenfortsetzung 4

Listenfortsetzung 5

Listennummer

Listennummer 2

Listennummer 3

Listennummer 4

Listennummer 5

Orthograf!=C:\Daten\WINWORD\ABLAGE\POLITIK\KR\GPK\GB 96 - Antrag GPK.doc

Orthograf!

A:\GB 96 - Antrag GPK.doc

BDI\B_3901\DAT\USR\B094PVP\GPK\GB96-A~1.DOC

BDI\B_3901\DAT\USR\B094PVP\GPK\erganz.doc

BDI\B_3901\DAT\USR\B094PVP\GPK\erganz.doc

BDI\B_3901\DAT\USR\B094PVP\GPK\erganz.doc

BDI\B_3901\DAT\USR\B094PVP\GPK\erganz.doc

BDI\B_3901\DAT\USR\B094PVP\GPK\erganz.doc

BDI\B_3901\DAT\USR\B094PVP\GPK\erganz.doc

BDI\B_3901\DAT\USR\B094PVP\GPK\ERGANZ.DOCÿ@\B_3901\KEH_255

winspool

HP LaserJet 5P/5MP PostScript

\\B_3901\KEH_255

\\B_3901\KEH_255

Times New Roman

Symbol

C:\MSOffice\Vorlagen\B-BO.DOT'Genehmigung des GB 96, Antrag GPK an KR

Vorlage Korrespondenz

NEs ist noch die Nummer des Berichtes der GPK einzutragen (rotes Fragezeichen).

Root Entry

WordDocument

WordDocument

CompObj

CompObj

SummaryInformation

SummaryInformation

Microsoft Word Dokument

MSWordDoc

Word.Document.6

Genehmigung des GB 96, Antrag GPK an KR

Vorlage Korrespondenz

Es ist noch die Nummer des Berichtes der GPK einzutragen (rotes Fragezei

DocumentSummaryInformation

DocumentSummaryInformation

Genehmigung des GB 96, Antrag GPK an KR

chen).

B-BO.DOT

Microsoft Word for Windows 95

Genehmigung des GB 96, Antrag GPK an KR